



FLÜCHTLINGE UND WIR e.V. HERRENBERG

Geschäftsstelle: Haus der Begegnung, Schliffkopstr.5, 71083 Herrenberg
Vorsitzende: Margaretha Oppermann, Rudolfweg 3, 71083 Herrenberg; Tel.: 07032 / 943662
e-mail: kontakt@fluechtlinge-und-wir.de ; homepage: www.fluechtlinge-und-wir.de

Herrenberg, den 13.02.2017

Einstellung der Abschiebungen nach Afghanistan

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel,

wir vom Verein „Flüchtlinge und wir“ e.V., Herrenberg, einem Helferkreis für Flüchtlinge, der sich seit 1988 für die Integration von Flüchtlingen engagiert, bitten Sie dringend, Abschiebungen nach Afghanistan einzustellen.

In Afghanistan gibt es keine Sicherheit. Aus den deutschen Nachrichtensendungen allein in diesem Jahr:

- 70 Menschen sterben in Kabul beim Angriff auf Mitarbeiter des Geheimdienstes,
- Tote und Verletzte beim Anschlag gegen das Parlament
- 22 Tote und Dutzende Verletzte beim Anschlag auf den Obersten Gerichtshof in Kabul,
- Anschlag auf ein Fahrzeug des Internationalen Roten Kreuzes im Norden Afghanistans: 6 Menschen werden getötet, 2 werden vermisst; das IKRK zieht seine Mitarbeiter wegen der Gefährdungslage in Afghanistan ab.

Die UN-Mission in Afghanistan (UNAMA) berichtet in ihrem Jahresrückblick für 2016 von 3.500 getöteten und 7.900 verletzten Zivilpersonen, 1/3 davon Kinder, eine „Rekordzahl an zivilen Opfern“ (Tagesschau vom 06.02.2017). In die Statistik gehen dabei nur solche Fälle ein, die von 3 unabhängigen, überprüfbaren Quellen gemeldet werden. Tatsächlich wird die Zahl deutlich höher liegen. Laut UNAMA-Bericht betrifft die Gewalt alle 34 Provinzen. Kämpfe zwischen Sicherheitskräften und Aufständischen werden als Hauptgrund für die zivilen Opfer genannt. Darüber hinaus seien im letzten Jahr 18.000 Soldaten und Polizisten umgekommen, 35 % mehr als im Vorjahr! Das Land wird in so großen Teilen von Taliban beherrscht wie vor dem Eingreifen der USA in 2001. Zwei Millionen Binnenvertriebene gibt es durch Terror und Gewalt inzwischen in Afghanistan.

Dementsprechend trifft auch der UNHCR in seinem Bericht an das Bundesinnenministerium die Aussage: „Ein pauschalierender Ansatz, der bestimmte Regionen hinsichtlich der Gefahr von Menschenrechtsverletzungen, wie sie für den Flüchtlingsschutz oder den subsidiären Schutz relevant sind, als sichere und zumutbare interne Schutzalternative ansieht, ist nach Auffassung von UNHCR vor dem Hintergrund der aktuellen Situation in Afghanistan nicht möglich.“ Das gesamte Staatsgebiet Afghanistans ist von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt betroffen, so dass entsprechend der EU-Qualifikationsrichtlinie Flüchtlinge aus Afghanistan einen Schutzstatus erhalten müssten.

„Das ist nicht mehr unser Deutschland“, wenn Menschen, die in äußerster Gefahr auf lebensgefährlichen Fluchtwegen hilfesuchend zu uns gekommen sind, jetzt wieder in das von eskalierendem Terror und steigender Gewalt beherrschte Afghanistan zurückgeschickt werden.

„Das ist nicht mehr unser Deutschland“, wenn die von internationalen Organisationen beschriebene Sachlage von der Regierung ignoriert wird und unser Staat die Gefährdung von Leib und Leben dieser Menschen in Kauf nimmt.

„Das ist nicht mehr unser Deutschland“, wenn so internationales Recht zum Flüchtlingsschutz umgangen wird.

Unerträglich ist für uns ebenfalls, dass trotz der hochgefährlichen Sicherheitslage in Afghanistan die Quote der Asylanerkennungen drastisch gesunken ist, nachdem der Bundesinnenminister Anfang 2016 dieses Land als hinreichend sicher eingestuft hatte. Wurden 2015 noch ungefähr 80% der Asylanträge afghanischer Flüchtlinge positiv entschieden, sind es jetzt nur noch rund 50%. Und leider müssen wir beobachten, dass dabei auch individuelle Bedrohungslagen zunehmend vom BAMF ignoriert werden. So wurde beispielsweise Hindus, die in Afghanistan von der Mehrheitsbevölkerung verachtet und bedroht werden, kein Asyl gewährt. Ein anderer Fall: Ein Familienvater wurde von den Taliban für die Umsetzung eines konkreten Bombenanschlags gebraucht; er sollte durch Mordandrohung zur Mithilfe gezwungen werden. Diesem Druck konnte er sich nur durch Vortäuschen der Kooperation und sofortige Flucht entziehen. Ihm wurde zwar beim BAMF geglaubt, aber trotzdem kein Asyl gewährt, weil die Bedrohung durch die Taliban „nicht wiederholt stattfand und somit nicht asylrelevant ist“. Nach allem, was wir durch Flüchtlinge und Berichterstatter aus Afghanistan hören, gibt es für Menschen, die sich den Taliban widersetzen, jedoch keine „wiederholten Bedrohungen“; sie werden gleich umgebracht.

Die aus unserer Sicht fehlerhaften Entscheidungen in Asylverfahren haben deutlich zugenommen, seitdem zur schnellen Bearbeitung vieler Anträge nur kurzzeitig ausgebildete Entscheider in Zentren nach Aktenlage über die Asylgesuche entscheiden, ohne dass sie den Flüchtling je gesehen haben.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

in diesen Tagen haben Sie „unsere westliche Wertegemeinschaft“ wiederholt beschworen. Bitte, setzen Sie sich dafür ein, dass diese Werte hier in Deutschland von der Regierung auch respektiert werden. Überlassen Sie Flüchtlinge aus Afghanistan nicht menschenunwürdiger Angst und Verzweiflung! Führen Sie unsere vielerorts gelebte Willkommenskultur, die Integrationsleistungen der Flüchtlinge und die Hilfestellungen von uns Ehrenamtlichen nicht durch eine Ablehnungs- und Abschiebepolitik ad absurdum! **Wir hoffen auf**

- **die Wiedereinführung von fairen und qualitativ hochwertigen Asylverfahren unter Berücksichtigung der realen Situation in den Herkunftsstaaten und**
- **die Aussetzung von Abschiebungen in die lebensbedrohenden Zustände in Afghanistan.**

Hochachtungsvoll

Margaretha Oppermann

(Vorsitzende „Flüchtlinge und wir“ e.V., Herrenberg, 80 Mitglieder)

(u.a. ausgezeichnet durch die Urkunde des Bundespräsidenten Johannes Rau mit „besonderer Anerkennung für vorbildliches Engagement bei der Integration von Zuwanderern in der BRD“)